



Konzerne profitieren. Der Mittelstand zahlt's

Gewerkschaftliche Gedanken zur Steuervorlage (SV17).

Auf Wunsch eines Journalisten ging ich letzten Dienstag an die Presskonferenz des Zürcher Komitees für die Steuervorlage 17. Die Direktorin der Handelskammer reagierte verärgert, als ich nach der Presskonferenz mit Medienschaffenden sprach. Ihre Reaktion ist verständlich, denn ihr Komitee kocht mit dünnem Wasser:

Die Vertreterin und die Vertreter der Gemeinden und der Städte mussten zugeben, dass mit dieser Vorlage erhebliche Steuerausfälle auf die Städte und Gemeinden zukommen und Steuererhöhungen für natürliche Personen in Aussicht stehen. Die Wirtschaft hielt sich zurück, lavierte und verschwieg geflissentlich, dass die Steuern für alle Firmen gesenkt werden. Den Vogel schoss der Präsident des Gemeindepräsidentenverbandes ab: Er verkündete, dass es keine sozialen Ausgleichsmassnahmen in der Vorlage brauche, denn Steuern beinhalten an sich bereits einen sozialen Ausgleich. Doch der Inhalt der Steuervorlage ist einfach und klar: Konzerne profitieren. Der Mittelstand zahlt's.

Steuersenkungen für Banken und Versicherungen!

Die Abschaffung der Steuerprivilegien für Holdings, Briefkastenfirmen und gemischte Gesellschaften bringt nur für drei Prozent der Firmen eine Mehrbelastung. Trotzdem will die Umsetzungsvorlage für alle Unternehmen die Steuern senken. Banken und Versicherungen wie CS, UBS, Swiss Re, Swiss Life und Zürich sollen in zwei Schritten 25 Prozent weniger Steuern zahlen. Die UBS wurde vom Staat gerettet, die Grossbanken zahlten während zehn Jahren keine Gewinnsteuern und nun sollen sie mit einer massiven Reduktion belohnt werden? Verkehrte Welt.

Zürich verliert

Die Steuersenkungen bringen grosse Einnahmenausfälle für Kanton und Gemeinden. Der Kanton hat im Sparprogramm LÜ16 in vielen kleinen Stücken insgesamt mehrere Hundert Mio. Franken weggekürzt. Nun will der Kanton in Zukunft auf jährlich 200-275 Mio. Franken Einnahmen verzichten, was vier bis fünf Steuerprozenten entspricht. Das Gros der Mehreinnahmen, die er vom Bund im Rahmen der STAF erhält, gibt der Kanton an die Gemeinden weiter, um ihnen den Rückgang bei den Firmensteuern zu mindern. Dennoch bleibt bei Städten und Gemeinden jedes Jahr ein Finanzloch von über 200 Mio. Franken. Die Stadt Zürich rechnete für 2021 99 Mio. Franken weniger Steuereinnahmen! Kloten müsste den Steuerfuss um zwölf Prozent, Opfikon um neun Prozent, Adliswil und Horgen um sieben Prozent anheben, um die Steuerausfällen auszugleichen. Der Druck, unsoziale Sparprogramme durchzuführen, wird enorm zunehmen!

Steuerspirale nach unten

Der Kanton glaubt, mit diesen Steuersenkungen werde Zürich in der Dumpingkonkurrenz mit anderen Kantonen wieder attraktiver. Ein Trugschluss. Wenn die Steuerspirale immer weiter nach unten dreht, verlieren alle. Die akuten Finanzprobleme der Innerschweizer Kantone wie Schwyz und Luzern sind ein warnendes Beispiel.

Kein sozialer Ausgleich

In den meisten Kantonen werden die generellen Steuersenkungen mit erheblichen sozialen Ausgleichsmassnahmen versüsst. Dort gibt es mehr Geld für Kinderzulagen, für die Verbilligung der Krankenkassenprämien oder für die ausserschulische Kinderbetreuung. Die Zürcher Umsetzungsvorlage ist einseitig und unsozial. Kein Franken für Ausgleichsmassnahmen! Nicht einmal einer Erhöhung der Kinderzulage um 50 Franken stimmte der Kantonsrat zu. Wirklich beschämend, wie einseitig der Kanton die Mittel verteilt.

In den Kantonen Bern und Solothurn hat das Volk derart einseitige Umsetzungsvorlagen ohne Kompensation bachabgeschickt. Machen wir in Zürich am 1. September 2019 dasselbe: Nein zur Steuervorlage 17!

Markus Bischoff, (Präsident Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich).

GBKZ, 5.7.2019.

Personen > Bischoff Markus. Steuersenkungen. GBKZ, 2019-07-05